

**Antrag der Fraktion DIE LINKE****Tarifergebnis auch für Beamtinnen und Beamte übernehmen!**

Der Senat hat als Ergebnis seiner Haushaltsberatungen angekündigt, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst wieder nicht zeit- und wirkungsgleich für alle Beamtinnen und Beamten zu übernehmen. Die Tarifsteigerung der Angestellten um 2,65 % zum 1. Januar 2013 und um weitere 2,95 % zum 1. Januar 2014 soll nur für die Entgeltgruppen bis A 10 auf die Beamtinnen/Beamten übertragen werden, und auch dies nur zeitverzögert zum 1. Juli 2013. Die Entgeltgruppen A 11 und A 12 sollen nur eine Erhöhung um 1,0 % zum 1. Juli 2013 und weitere 1,0 % zum 1. Januar 2014 erhalten. Für die Entgeltgruppen A 13 und höher soll eine vollständige Nullrunde in 2013 und 2014 gelten.

Die Vorstellung, Beamtinnen/Beamte seien Spitzenverdiener, die eine ruhige Kugel hinter dem Schreibtisch schieben, hat mit der Realität wenig zu tun. Der Großteil der über 10 000 Beamtinnen und Beamten im Land Bremen sind Lehrkräfte, Polizistinnen/Polizisten, Feuerwehrleute sowie Rechts- und Verwaltungskräfte. Beamtinnen und Beamte stellen zwei Drittel der Beschäftigten in der Kernverwaltung. Die häufigsten Entgeltgruppen in der Kernverwaltung sind 9, 12 und 13. Dabei ist Teilzeit weit verbreitet, vor allem bei den weiblichen Beschäftigten. Die Hälfte der Beschäftigten in der Kernverwaltung sind Frauen; ihre Teilzeitquote liegt zwischen 40 und 50 %.

In keiner der letzten Tarifrunden hatte der Senat das Tarifergebnis im öffentlichen Dienst zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen/Beamten übertragen. 2007 hatte der Senat die volle Übernahme um fast zwei Jahre verzögert, außerdem erhielten die Beamtinnen/Beamten nicht die zusätzliche Einmalzahlung. 2009 erfolgte die Übernahme zeitgleich, aber der zusätzliche Sockelbetrag von 40 € wurde für die Beamtinnen/Beamten halbiert. 2011 erfolgte die Übernahme wieder zeitverzögert, gestaffelt nach Besoldungsgruppe; zusätzlich wurde den Beamtinnen/Beamten ab Besoldungsgruppe A 9 die Einmalzahlung vorenthalten.

Seit die Besoldung der Landesbeamten durch die Föderalismusreform in die Zuständigkeit der Bundesländer übergegangen ist, entwickelt sich die Besoldungshöhe zwischen den Bundesländern auseinander. Aktuell liegen Hamburg, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Baden-Württemberg in der Endstufe A 13 bereits um 100 bis 250 € höher als Bremen. Die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Sachsen und Bayern, die eine (zeitverzögerte) volle Übernahme des Tarifergebnisses angekündigt haben, werden ab Sommer 2014 in der Endstufe A 13 um 270 € höher liegen als Bremen, wenn wie vom Senat angekündigt eine Nullrunde ab Tarifstufe A 13 beschlossen wird. Unterhalb der Besoldung in Bremen liegen nur die Bundesländer Brandenburg und Berlin.

Damit fällt Bremen, z. B. im Wettbewerb um Lehrkräfte, weiter zurück und sendet ein fatales Signal fehlender Wertschätzung an seine Lehrerinnen/Lehrer, Polizistinnen/Polizisten, Feuerwehrleute, Rechts- und Verwaltungskräfte. Die Entgeltgruppe A 13, für die eine vollständige Nullrunde gelten soll, ist z. B. die übliche Einstufung von Lehrerinnen und Lehrern in der Sekundarstufe II. In der Sekundarstufe I und an Primarschulen sind Lehrkräfte etwa je zur Hälfte in A 12 und A 13.

Mit Sachsen-Anhalt hat auch eines der fünf Konsolidierungsländer eine volle Übernahme der Tariferhöhung angekündigt. Hamburg und Niedersachsen, mit denen Bremen regional in unmittelbarem Wettbewerb um qualifizierte Beschäftigte steht, übernehmen die Tariferhöhung ebenfalls voll (Niedersachsen jedenfalls für 2013).

Zeitverzögerte Übernahme des Abschlusses hat keinen Einfluss auf die künftige dauerhafte Höhe der Personalkosten. Den Beamtinnen/Beamten der Entgeltgruppen A 10 und darunter werden durch die erneut zeitverzögerte Übernahme des Tarifabschlusses pro Beschäftigten mehrere 100 € vorenthalten. Hier handelt es sich um eine Sonderabgabe, die von fehlender Wertschätzung von deren Arbeit zeugt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, das Tarifiergebnis inhaltsgleich für alle Landesbeamtinnen und Landesbeamten zu übernehmen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf Zeitverzögerungen bei der Übernahme des Tarifiergebnisses im öffentlichen Dienst zu verzichten.

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE